

Bündnis für geeignete Rechtsformen für das bürgerschaftliche Engagement

Im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements gibt es bei der Frage der geeigneten Rechtsform derzeit in unterschiedlichen Rechtsgebieten Handlungsbedarf. Mit diesem Bündnis möchten wir die Akteure / Interessengruppen der verschiedenen Bereiche zusammen bringen um zu erreichen, dass nicht gegeneinander gearbeitet wird, sondern dass die Aktivitäten gebündelt werden, um gemeinsam etwas für alle zu erreichen.

Der eine Bereich ist der des Vereinsrechts.

Hier besteht das Problem darin, dass sich die (Eintragungs-)Praxis der Registergerichte in einzelnen Bundesländern erheblich verändert hat. Die Frage nach dem ideellen Zweck und die Grenzen des Nebenzweckprivilegs haben sich zu Ungunsten von vielen Initiativen entwickelt.

In Berlin bekommen zum Beispiel Kindertagesstätten bei der Eintragung Probleme, weil das Registergericht hier, trotz Anerkennung der Gemeinnützigkeit, die ideelle Ausrichtung verneint. Dies betrifft nicht nur Neugründungen, sondern auch bestehende Vereine, denen nahegelegt wird, die Rechtsform zu wechseln. Auch selbstorganisierte Hausprojekte welche den Verein als Rechtsform für die Selbstorganisation der Mieter*innen gewählt haben wird die Vereinseintragung zunehmend erschwert.

Von dieser geänderten Rechtsauffassung sind weitere Vereine im Bildungs-, Kultur- und Sozialbereich betroffen. Der damit ausgeübte Druck zur Umwandlung in handelsrechtliche Organisationsformen führt zu einem Rückgang ehrenamtlich geprägter und gemeinwesenorientierter Trägerschaftsstrukturen und behindert so das bürgerschaftliche Engagement der Zivilgesellschaft.

Der andere Bereich ist der des Genossenschaftsrechts.

Hier besteht das Problem insbesondere darin, dass die Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft für Kleinstunternehmen zu aufwändig ist. Für kleine Welt- oder Dorfläden oder für kleine Gemeinschaftsunternehmen bedeuten die Pflichtmitgliedschaft und die regelmäßigen Pflichtprüfungen einen sehr großen finanziellen und organisatorischen Aufwand. Darauf hat ein Dorfladen mit einer Petition an den Deutschen Bundestag aufmerksam gemacht. Hier gibt es bereits einen Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz zur Einführung einer neuen Rechtsform, die ohne bürokratischen Aufwand das gemeinschaftliche Wirtschaften ermöglichen soll (Einführung der Kooperationsgesellschaft (haftungsbeschränkt) im Genossenschaftsgesetz).

Aus unserer Sicht haben diese Probleme miteinander zu tun, da sie zeigen, dass es derzeit Lücken im Vereins- und Genossenschaftsrecht gibt. Es gibt einerseits Initiativen, die aus Sicht einzelner Vereinsregister nicht ideell genug sind, um als eingetragener Verein tätig sein zu dürfen. Andererseits gibt es Initiativen die nicht wirtschaftlich genug sind, um die Rechtsformkosten der eingetragenen Genossenschaft tragen zu können. Diese Lücken gilt es zu schließen.

Im Koalitionsvertrag der CDU/CSU und SPD ist dieses Problemfeld aufgegriffen worden. Es wurde vereinbart für das bürgerschaftliche Engagement eine geeignete Rechtsform zu finden, wobei offen geblieben ist, ob dieses im Vereins- oder Genossenschaftsrecht umgesetzt werden soll. Das Bundesministerium der Wirtschaft untersucht derzeit Potenziale und Hemmnisse bei den eingetragenen Genossenschaften. Die Diskussion über das Genossenschaftsrecht wird nach Veröffentlichung der entsprechenden Studie erneut geführt werden.

Wir fordern daher:

- einerseits das Vereinsrecht so zu gestalten, dass die bisherigen, oft gemeinnützigen, Initiativen auch weiterhin den eingetragenen Verein nutzen können

und

- andererseits die Schaffung einer Rechtsform für die kleinen gemeinschaftlichen Wirtschaften.

Damit soll Rechtssicherheit für Initiativen geschaffen werden, damit sie in einer für sie passenden Rechtsform ideell und wirtschaftlich tätig sein können.

Berlin, den 10.10.2014

Forum *SÖ - Forum *Solidarische Ökonomie e.V.

Bage - Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen e.V.

BFAS - Bundesverband der freien Alternativschulen e.V.

DaKS - Dachverband Berliner Kinder- und Schülerläden e.V.

Gemeinwohl-Ökonomie Berlin-Brandenburg e.V.

Mietshäuser Syndikat

OuiShare - Connecting the collaborative economy

ZdK - Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.